



Newsletter vom 21. 4. 2024

Inhalt

Es braucht den starken Druck der Förderklassen-Initiative!.....	2
17. April 2024, Hanspeter Amstutz	2
Szenen einer leidenschaftlichen Podiumsdiskussion	3
<i>Condorcet Bildungsperspektive</i> , 15. April 2024, von Claudia Wirz	3
Förderklassen-Initiative: Die bestmögliche Bildung für jedes Kind!.....	5
17. April 2024, von Marianne Wüthrich.....	5
Bildungsrevolution von oben.....	8
NZZ, 2. April 2024, Schweiz, Katharina Fontana	8
«Zu viele Kinder fallen durch das Schulsystem»	10
Sonntagszeitung, 14. April 2024, Nadja Pastega	10
Sie schaffen die Prüfungsnoten ab.....	11
Tages-Anzeiger, 10. April 2024, Politik & Wirtschaft, Nina Fargahi	11
Wenn Pestalozzi instrumentalisiert wird.....	13
Journal 21, 7. April 2024, von Carl Bossard	13
Schulrevolution? So ein Blödsinn!	17
<i>Condorcet Bildungsperspektiven</i> , 12. April 2022.....	17
Wenn eine Laienpredigt die Glaubwürdigkeit der Volksschule untergräbt.....	18
<i>Condorcet Bildungsperspektiven</i> , 10. April, 20224, von Christine Staehlin	18
Befreiungsschlag oder alter Wein in neuen Schläuchen?	18
Zürcher Bote, 11. April 2024, Zeno Schärer, Gemeinderat	18
Zürcher Förderklasseninitiative besteht Vorprobe	20
Tages-Anzeiger, 9. April 2024, Pascal Unternährer	20
Veranstaltungshinweis	21
Mädchen und Knaben – von Natur aus anders? Was sagt die Entwicklungspädiatrie und Genderforschung dazu?	21
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. Juni 2024	21



Es braucht den starken Druck der Förderklassen-Initiative!

17. April 2024, Hanspeter Amstutz

Schon seit zwanzig Jahren wird am Modell der integrativen Volksschule herumgeflickt, ohne dass sich ein überzeugender Erfolg abzeichnet. Begründet durch das Dogma vom Recht aller Schüler auf eine Schullaufbahn in Regelklassen, wird den Lehrpersonen ein Auftrag zugemutet, den sie in vielen Fällen trotz unermüdlichem Einsatz nicht befriedigend erfüllen können. Die Unterstützung in wenigen Lektionen durch Heilpädagoginnen reicht bei Weitem nicht, um in einer heterogenen Klasse oft mehrere verhaltensauffällige Schüler zu stabilisieren. Diese können den Unterricht in den Regelklassen arg durcheinanderbringen, wenn die Lehrerin überall gefordert ist.

Benötigen einzelne Schüler aussergewöhnlich viel pädagogische Aufmerksamkeit, geht dies klar auf Kosten des Lernfortschritts der ganzen Klasse. Ganz schwache Schüler wiederum, die mit dem Schulstoff generell überfordert sind, fallen im Unterricht zwar weniger auf. Aber sie sind die grossen Verlierer, da ihnen die Erfolgserlebnisse fehlen und sie sich in der Klasse oft ausgegrenzt fühlen. Das Beharren auf dem Dogma der totalen Integration führt zu schulischen Tragödien, die sich im Rahmen einer gut betreuten Förderklasse nicht abspielen würden.

Es liegt an der Politik, flexible Lösungen mit Förderklassen zu ermöglichen

Es wirkt lähmend, dass sich die aktuelle Bildungspolitik in der Integrationsfrage überhaupt nicht flexibel zeigt. Statt das Scheitern der bisherigen Bemühungen einzugestehen und Offenheit für Lösungen mit Förderklassen zu signalisieren, wird das Stigma der Ausgrenzung einzelner Schüler bis zum Überdross ins Feld geführt. Das anhaltende Beschönigen der Probleme droht unterdessen zu einem ernststen Konflikt mit den Schulpraktikern zu führen. Diese haben absolut genug von den finanziellen und personellen Versprechungen, die von der Bildungspolitik nicht eingelöst werden können.

Die Förderklassen-Initiative ist ein konstruktiver Vorschlag, um die gegenwärtige Krise zu überwinden. Im Gegensatz zur Zürcher Bildungsdirektion nimmt das breit abgestützte Initiativkomitee die Notsignale aus den Schulklassen ernst und verlangt eine Neuorientierung beim Integrieren. Mit der Unterschriftensammlung kommt Bewegung in eine Sache, die unerträglich lang auf die lange Bank geschoben wurde. Man muss nicht in allen Details mit der Initiative einverstanden sein, um sie zu unterstützen. Aber sie ist ein guter Wegweiser, um aus der Sackgasse herauszukommen.

Es steht der Bildungsdirektion frei, einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative auszuarbeiten. Macht sie dies im Sinne einer Öffnung zugunsten der Führung von finanziell vom Kanton besser unterstützten Förderklassen, kann ein Rückzug der Initiative ins Auge gefasst werden. Unternimmt die Regierung nichts oder präsentiert sie nur alten Wein in neuen Schläuchen, kommt die Initiative voll zum Zug.

Eine Diskussionsrunde deckt grosse Frustration an den Schulen auf

Wie die Berichte meiner Redaktionskollegin Marianne Wüthrich und von Condorcet-Redaktorin Claudia Wirz eindrücklich belegen, hat das fair geleitete Podiumsgespräch vom 11. April über die Förderklassen-Initiative den Nerv der Zeit getroffen. Es wurde leidenschaftlich diskutiert und es zeigte sich, dass sich im Publikum ein gewaltiger Frust über die aktuelle Lage in den Klassenzimmern angestaut hat. In überzeugenden Voten gab es heftige Kritik am belastenden System der integrierten Schule. Die gelungene Veranstaltung war ein unüberhörbarer Appell an die Bildungspolitik, sich endlich den Herausforderungen zu stellen und Hand für überzeugende Lösungen zu bieten.

Abschaffung der Noten als zusätzliche Grossbaustelle?

Nach wie vor löst die vom Vorstand des Schulleiterverbands und anderen Bildungsorganisationen konzertiert vorgetragene Idee einer Abschaffung der Zeugnisnoten grosses Kopfschütteln aus. Aus-



gerechnet jetzt, wo sich herausstellt, dass eine ganze Reihe von Reformen die Erwartungen bei Weitem nicht erfüllt, soll eine weitere Grossbaustelle eröffnet werden. Das Dreisprachenkonzept der Primarschule erweist sich als hohles Versprechen, das überladene Bildungsprogramm des neuen Lehrplans bleibt ein Papiertiger und von einer wirkungsvollen Bildungssteuerung durch ein übergeordnetes Monitoring kann angesichts des Deutschdebakels im PISA-Test nicht die Rede sein. Dazu kommt die erwähnte Integration, die krachend gescheitert ist.

Die in vielen Medien geführte Diskussion über die Schülerbeurteilung lenkt davon ab, dass es für mehr Schulqualität sehr viel dringendere Massnahmen braucht als eine allfällige Abschaffung der Zeugnisnoten. Es wirkt wie eine Flucht nach vorn, wenn an den offenen Baustellen vorbeigerast und ein weiteres Heilsversprechen in Form einer Schule ohne Noten angekündigt wird. Man fragt sich schon, wie lange diese Art der Schulpolitik noch weitergehen soll.

Oberflächliche Notendiskussion lenkt von zentralen Herausforderungen ab

Bei genauerem Hinsehen auf die Vorschläge zur Abschaffung der Noten fällt auf, dass vieles überhaupt nicht neu ist. An die in Reformschulen praktizierte Grundidee, dass demotivierende schlechte Noten vermieden werden sollen, halten sich gute Pädagogen auch im Rahmen der bisherigen Notenspraxis schon lange. Werden Prüfungen so konzipiert, dass faire Grundanforderungen für das Erreichen einer genügenden Note bei seriösem Üben gestellt werden, entfällt ein zentraler Konfliktpunkt. Wie Carl Bossard zu diesem Thema schreibt, ist es viel wichtiger, dass Lehrpersonen in regelmässigen Schülergesprächen über individuelle Leistungsziele sprechen. Wenn ein im Französisch schwacher Schüler die Grundanforderungen im Hauptteil der Prüfung (mit begrenztem Stoffumfang) erfüllt und deshalb mindestens eine Vier erreicht, wird er den Kurzkommentar «gut gelernt» neben der Note durchaus schätzen. Dazu braucht es weder Farben für halbwegs noch für vollständig erreichte Ziele oder gar die Abschaffung der Noten.

Die aktuelle Notendiskussion verläuft in höchstem Mass oberflächlich. Sie blendet weitgehend aus, dass ein überladener Lehrplan, ein überforderndes Mehrsprachenkonzept und massiv störende Mitschüler erfolgreiches Lernen in den Klassen weit mehr beeinflussen als jedes Notensystem mit den bekannten Schwächen. Verantwortungsvolle Bildungspolitik zeichnet sich aus durch das Anpacken der zentralen Herausforderungen und nicht durch Schaumschlägerei an Nebenschauplätzen. Für diese Art der Politik besteht zurzeit einiges an Nachholbedarf.

Unsere Textsammlung weist eine ganze Reihe hoch politischer Texte und gründlicher Analysen zu Bildungsthemen auf. Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der spannenden Lektüre!

Hanspeter Amstutz

Szenen einer leidenschaftlichen Podiumsdiskussion

Condorcet Bildungsperspektive, 15. April 2024, von Claudia Wirz

«Die Starke Volksschule Zürich» hat am letzten Donnerstag in Zürich ein Podium organisiert, auf dem leidenschaftlich zum Thema integrative Schule gestritten worden; dies im Lichte einer kantonalen Initiative zur Wiedereinführung von Förderklassen. Die Gegnerinnen der Vorlage gaben zwar zu, dass das System die «normalen» Kinder am Lernen hindert, von Förderklassen wollen sie trotzdem nichts wissen. Das Publikum sah es anders. Die neue Condorcet-Autorin, Claudia Wirz, berichtet.



*Yasmine Bourgeois, Roland Stark, Robin Schwarzenbach, Ursula Sintzel, Karin Fehr
(von links nach rechts)*

Das allgemeine Unbehagen über die Entwicklung der Volksschule ist gross. Immer mehr finanzielle Ressourcen werden in die Schule gesteckt, während die Leistungsüberprüfungen immer schlechtere – oder wie es Podiumsteilnehmer und Condorcet-Autor Roland Stark nannte – lausigere Resultate zu Tage fördern. Die integrative Schule, die auf internationalistischen Gerechtigkeitsvorstellungen beruht und vorgibt, dass alle Kinder in der Regelklasse unterrichtet werden sollen, sei am Anschlag, sagte die Zürcher FDP-Gemeinderätin, Schulleiterin und Condorcet-Autorin Yasmine Bourgeois in einer kurzen Einführung zum Podiums Anlass.

Bourgeois ist Co-Präsidentin der kantonalzürcherischen Volksinitiative, die eine Rückkehr zu den Förderklassen fordert. Die im Sammelstadium befindliche Vorlage will damit vor allem Ruhe ins Klassenzimmer bringen und die Lehrpersonen entlasten, auf dass diese sich wieder aufs Schule Geben konzentrieren können. Mit dem heutigen integrativen System werde man weder den Regelschülern noch den Verhaltensauffälligen oder Lernschwachen gerecht, sagte Bourgeois. Die Initiative will deshalb das Recht auf einen Platz in einer Förderklasse festschreiben. Die Förderklasse wiederum soll die Reintegration in die Regelklasse zum Ziel haben.

Integration vor Bildung

Die beiden Gegnerinnen der Initiative wollten davon nichts wissen. Ursula Sintzel von der SP, Rechtsanwältin und Präsidentin der Kreisschulbehörde Letzi, beschrieb das Konzept Förderschule als «Abschiebung», was für die Betroffenen verletzend sei und der Willkür der Entscheider, insbesondere der Lehrpersonen, Tür und Tor öffne. Dem pflichtete die grüne Kantonsrätin und Soziologin Karin Fehr Thoma bei. Zudem warnte sie davor, die Kleinklassen zu idealisieren, ohne allerdings dafür Argumente zu liefern. Sie gab allerdings an, dass integrierte Kinder später erfolgreicher seien als solche aus Kleinklassen. Juristin Sintzel hält Förderklassen ausserdem für rechtswidrig. Sie widersprechen dem Gleichstellungsgebot.

Das Gleichstellungsgebot steht für Sintzel also offenbar über dem Bildungsauftrag der Schule. Sintzel gab nämlich indirekt zu, dass Verhaltensauffällige und Lernschwache die anderen Kinder am Lernen hindern.

Das Gleichstellungsgebot steht für Sintzel also offenbar über dem Bildungsauftrag der Schule. Sintzel gab nämlich indirekt zu, dass Verhaltensauffällige und Lernschwache die anderen Kinder



am Lernen hindern. So glaubt sie nicht, dass eine Reintegration in die Regelklasse gelingen kann, weil die Regelklasse ohne die Störungen schneller vorankomme und die Förderklassenkinder so den Anschluss verpassten. Sintzel gab auch zu, dass die Konzentration der Kinder durch Störungen aller Art zunehmend leide. Sie rief deshalb dazu auf, den Unterricht einfach an die verminderte Konzentrationsfähigkeit der Kinder anzupassen.

Roland Stark wiederum, ebenfalls SP-Mitglied und erfahrener Heilpädagoge, fand es verletzend, dass Förderklassen und deren Lehrpersonal mit Begrifflichkeiten wie «Abschiebung» und «Ausgrenzung» assoziiert werden. Manchmal komme es ihm vor, als werde er als Gefängniswärter gesehen und nicht als Pädagoge. Die Schaffung von Förderklassen hält er für pädagogisch dringend notwendig.

Volksschule als Problemverwaltungszone

Das Publikum, das sich beileibe nicht nur politisch mitte-rechts verortete, reagierte auf die oft halsstarrigen Positionen der Förderklassengegnerinnen grösstenteils mit Kopfschütteln. Ein mittlerweile pensionierter Lehrer warf Sintzel und Thoma vor, Schule nur noch als Ort der Problemverwaltung zu verstehen und nicht als Ort der Bildung. Über das Lesen, Schreiben und Rechnen hatten die beiden Förderklassengegnerinnen den ganzen Abend lang nämlich kein einziges Wort verloren. Eine als Heilpädagogin tätige dreifache Mutter konstatierte, wie froh sie darüber sei, dass sie ihren jüngsten Sohn dank eines Stipendiums nicht der Volksschule anvertrauen müsse, sondern an eine Privatschule schicken könne, die seine musischen Begabungen fördere. Eine erfahrene Berufsschullehrerin mahnte, dass Kinder und Jugendliche im geführten Unterricht am meisten lernten und Roland Stark meinte in der von NZZ-Redaktor Robin Schwarzenbach geführten Diskussion, dass die unselige Akademisierung des Lehrerberufs hinterfragt werden müsse.

Kein einziges Votum aus dem Publikum stützte die Argumentation von Sintzel und Thoma. Wäre an diesem Abend über die Initiative zur Einführung von Förderklassen abgestimmt worden, sie wäre haushoch, wenn nicht gar einstimmig angenommen worden.

Förderklassen-Initiative: Die bestmögliche Bildung für jedes Kind!

17. April 2024, von Marianne Wüthrich

Am 11. April fand im Glockenhof in Zürich ein Podiumsgespräch pro und contra Förderklassen-Initiative statt. Die Veranstalterin «Starke Volksschule Zürich» setzt sich seit Jahren für eine Volksschule ein, die jedem Kind eine adäquate Lernsituation bietet. Darum ging es an diesem Abend. Es war das erste Mal, dass sich unser Verein im Rahmen seiner regelmässigen Veranstaltungen an ein bildungspolitisches «Streitgespräch» gewagt hat. Streitgespräch in Anführungszeichen, denn der Abend verlief ausgesprochen sachlich und in angenehmer Atmosphäre, so dass sich in der Publikumsdiskussion viele Teilnehmer zu Wort meldeten und zur Lebendigkeit und Tiefgründigkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung beitrugen. Mit Recht bezeichnet Claudia Wirz die Diskussion als «leidenschaftlich» – von der Sache her spürte man das emotionale Engagement in den Stellungnahmen. Hier gebe ich mit Hilfe meiner persönlichen Notizen einen Rückblick auf den sehr reichhaltigen Abend wieder.

Recht für alle auf einen Platz in einer Förderklasse

Yasmine Bourgeois (FDP), Co-Präsidentin des Initiativkomitees und langjähriges engagiertes Mitglied des Vereins Starke Volksschule Zürich, stellte den Anlass und die Ziele der Förderklassen-Initiative vor: «Das integrative Schulsystem ist am Anschlag», so die Schulleiterin und Bildungspolitikerin. Kinder mit Schwierigkeiten oder Lernbehinderungen würden nicht richtig betreut, und



auch andere Kinder litten unter der unbefriedigenden Situation. «Wir verlangen das Recht für alle Kinder und Jugendlichen auf einen Platz in einer Förderklasse», und zwar während mindestens eines Semesters, mit einer Heilpädagogin als Klassenlehrerin. Dabei müsse die Durchlässigkeit zu den Regelklassen gewährleistet sein.

Gegenargumente und Klärungen

Von der Gegenseite kamen die bekannten Einwände, die im Laufe des Abends ausgiebig diskutiert wurden.

«Abschieben», «Ausschliessen», «Aussperren», «Hin- und herschieben» von Kindern

Ursula Sintzel (SP), Präsidentin der Kreisschulbehörde Letzi, vertrat die Ansicht, das Abschieben in eine Förderklasse tue keinem Kind gut, denn dann fühle es sich ausgeschlossen. Auch das Hin- und Herschieben zwischen Regel- und Förderklasse sei keine befriedigende Lösung. Besser seien kurzfristige Lösungen, zum Beispiel Lerninseln.

Dem widersprach ihr Parteigenosse, der langjährige Basler Kleinklassenlehrer und Heilpädagoge *Roland Stark*, mit Entschiedenheit: Er sei allergisch gegen den Begriff «aussperren». In seinen Kleinklassen habe sich kein Kind ausgeschlossen gefühlt, denn es sei seine Aufgabe als Lehrer gewesen, jedes Kind zu erfassen und eine Klassengemeinschaft zu schaffen, wo jedes gerne dazugehören und lernen wollte. Stark betonte, er wolle Förderklassen für die Schüler, nicht um die Lehrer zu entlasten. Wer dieses letztere Motiv habe, sollte nicht Schule geben, so der erfahrene Heilpädagoge. – *Yasmine Bourgeois* ergänzte, ein ständiges Hin- und Herschieben der Kinder mit Lernschwierigkeiten finde eher bei der heutigen Regelung statt. Demgegenüber werde das Kind mit der einmaligen Umteilung in eine Förderklasse und später wieder in die Regelklasse nicht herumgeschoben. Vielmehr habe diese Umplatzierung eine «integrative Wirkung», denn das Kind werde gerade nicht ausgeschlossen, sondern seiner persönlichen Situation entsprechend gefördert und dadurch miteingeschlossen. – In der Diskussion brachte eine langjährige Heilpädagogin einen weiteren wichtigen Aspekt ein: Gerade in der Regelklasse fühlten sich Kinder im Vergleich mit den anderen ausgeschlossen. Das könne man nicht wegdiskutieren, wenn eines Erstklassstoff lerne in der 3. Regelklasse. Als Kleinklassenlehrerin könnte sie viel mehr tun für die einzelnen Kinder, als wenn sie diese nur einzelne Stunden aus der Regelklasse herausnehmen könne. – Ähnlich eine andere Heilpädagogin und Mutter: Kinder brauchen verschiedene Förderung. «Als Förderklassenlehrerin könnte ich den Kindern mehr geben.»

Ist die Einführung flächendeckender Förderklassen rechtswidrig?

An diesem Abend kam einmal mehr die rechtlich nicht haltbare Behauptung ins Spiel, die Förderklassen-Initiative sei rechtswidrig, denn sie widerspreche der Bundesverfassung und dem Zürcher Volksschulgesetz, so Kreisschulpräsidentin und Rechtsanwältin *Ursula Sintzel*. In diesen Erlassen sei das Integrationsprinzip obligatorisch. Oft wird auch die Unesco-Erklärung von Salamanca von 1994 genannt, wonach die separative Beschulung von Kindern angeblich völkerrechtswidrig sei.

Einen erfrischenden Kontrapunkt zu solchen Aussagen setzte *Roland Stark* mit seiner knappen Bemerkung: «Diese ideologischen Scheuklappen nützen niemandem.»

Aus juristischer Sicht ist zu ergänzen: In der Bundesverfassung steht: «Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht [...] wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.» (BV Art. 8 Abs.2) Und: «Bund und Kantone tragen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben den besonderen Förderungs- und Schutzbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen Rechnung.» (BV Art. 67 Abs. 1) Das Zürcher Volksschulgesetz sieht unter § 34 Sonderpädagogische Massnahmen vor: «Besondere Klassen sind ausserhalb der Regelklassen geführte Lerngruppen. Zulässig sind Einschulungsklassen, Aufnahmeklassen für Fremdsprachige sowie Kleinklassen für Schülerinnen und Schüler mit besonders hohem Förderbedarf.» (Abs. 5)

In keinem dieser internationalen, nationalen und kantonalen Erlasse wird die ausschliessliche Integration / Inklusion aller Kinder vorgeschrieben. Immer wird miteinbezogen, dass für die opti-



male Bildung des einzelnen Kindes ein separatives Bildungsangebot erforderlich sein kann. Im Zürcher Volksschulgesetz sind «besondere Klassen», also zum Beispiel Förderklassen oder wie immer wir sie nennen wollen, sogar ausdrücklich erlaubt.

Haben Jugendliche aus Förderklassen keine Chancen auf eine Berufslehre?

Die vierte Referentin, *Karin Fehr Thoma (Grüne)*, Kantonsrätin und Stadträtin in Uster, erklärte, Jugendliche aus den früheren Kleinklassen habe man kaum ins Berufsleben einführen können. Dies gehe nur «mit einem stärkeren Gspänli, an dem man sich reiben kann.» Ist es nicht eher so, dass zwei ungefähr gleich starke Gspänli sich aneinander reiben können? Dem schwächeren Gspänli kann man nur wünschen, dass es eine leistungsstärkere Mitschülerin findet, die auch die menschliche Stärke hat, ihm von gleich zu gleich beim Lernen behilflich zu sein.

Jedenfalls folgte starker Widerspruch auf die genannte Behauptung. Yasmine Bourgeois: «Schüler mit Lernbehinderungen finden Lehrstellen, weil die Förderlehrer engagiert helfen bei der Stellensuche.» Heilpädagoge Roland Stark: «Ich konnte meine Schüler fast immer in Lehrstellen unterbringen, weil eine viel engere Beziehung zwischen uns bestand.»

Aus meiner Erfahrung als Berufsschullehrerin kann ich dem nur zustimmen. In den eher niederschweligen Berufen meiner Klassen gab es Jugendliche aus der Sek C oder der Sonderschule, die dank der Hilfe ihrer Lehrer eine Stelle gefunden hatten und dann während der Lehre «den Knopf auftaten». Unter anderem auch deshalb, weil der Lehrmeister und wir Lehrer ihnen zutrauten, dass sie ihren Weg machen werden.

Sind Förderklassen teurer?

Bourgeois: Die vielen Sondersettings und Zusatzkräfte in den Regelklassen bewirken eine Kostenexplosion. Mit Förderklassen wäre die Schule sicher nicht teurer. – Sintzel widerspricht: Die Ressourcen reichen nicht für Förderklassen. – Bourgeois: Die Neuordnung ist ressourcenneutral möglich, die Ressourcen müssen nur besser gebündelt werden. – Fehr Thoma: Das tönt alles ein wenig einfach, dabei haben wir zu wenig Schulraum und Personal. – Bourgeois: Wir haben jede Menge Gruppenräume und ähnliches. Und Personal gibt es auch genug, wenn die meisten Heilpädagoginnen in die Förderklassen gehen und in jeder Regelklasse nur noch zwei Lehrerinnen beschäftigt werden.

Überlegen Sie selbst! Interessant ist auch, dass die zwei Damen Sintzel und Fehr Thoma so auf der Ressourcenneutralität bestehen – sonst vertreten die Linken doch eher die Meinung, dass für das Wohl der Menschen auch einmal mehr Geld ausgegeben werden muss. Wäre das im Fall der Förderklassen nicht konsequent, falls es doch nicht ganz reichen sollte?

Die Aufgabe der Volksschule ins Zentrum stellen

Einige Teilnehmer erinnerten daran, dass wir die eigentliche Aufgabe der Volksschule wieder ins Zentrum stellen müssen. Roland Stark: «Die Schule soll den Kindern einiges beibringen: Grundkenntnisse in den Fächern neben sozialen Fähigkeiten. In den integrierten Regelklassen lernen keine Kinder genug, weder leistungsschwache noch leistungsstarke.» Auch in den Regelklassen brauche es 1 bis 2 Lehrer, die kontinuierlich unterrichten. Heute dagegen hätten Primarklassen 7, 8, 9 Lehrerinnen, und ständig wird individualisiert statt unterrichtet. «So ist kein Unterricht möglich.»

Ein langjähriger Mittelstufenlehrer und Schulleiter sowie früherer Präsident eines Lehrerverbandes in der Diskussion: Mir geht's um die Kinder, wir müssen etwas für sie tun. Die Lehrer in der Primarschule müssen wieder alle Fächer unterrichten können. Deshalb ist eine bessere Lehrerausbildung nötig, fachlich und pädagogisch. Früher lernten die Lehrer, ihre Schüler richtig zu erfassen, so dass diese in ihrer persönlichen und schulischen Entwicklung besser vorankamen.

Die Förderklassen-Initiative gibt der Zürcher Bevölkerung die Möglichkeit, die Aufgaben der Volksschule wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Eine Diskussionsteilnehmerin: «Ich bin der Initiative dankbar, dass sie die Probleme auf den Tisch bringt.

[Zur Förderklassen-Initiative](#)



Bildungsrevolution von oben

NZZ, 2. April 2024, Schweiz, Katharina Fontana

Keine Noten, keine Selektion – ein gut organisiertes Netzwerk will die Schule «neu erfinden»

Wer drastische Worte wählt, hat die grössere Chance, Aufmerksamkeit zu erhalten. Das mag sich Jörg Berger gedacht haben, Co-Schulleiter im zürcherischen Knonau und Geschäftsleitungsmitglied des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH). Die Schweiz sei «das schlechteste Land der Welt», sagte Berger kürzlich im «Blick». Und zwar, weil die Schulkinder hierzulande nach der sechsten Klasse in verschiedene Leistungsniveaus eingeteilt werden. Die Selektion komme viel zu früh, das sei wissenschaftlich bestätigt. Geht es nach Berger, sollten die Kinder bis zur neunten Klasse, also bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit, gemeinsam unterrichtet werden, Langzeitgymnasien soll es keine mehr geben. Es gehe darum, die «Bildungsungerechtigkeit» abzubauen, sagte er in einem SRF-Gespräch.

Jörg Berger ist Teil eines Netzwerks von engagierten Personen, die in der Volksschule keinen Stein auf dem anderen lassen wollen. Es handelt sich vornehmlich um Funktionäre, um Lehrer, die im Bildungssystem aufgestiegen sind, um Leute aus der Wissenschaft, aber auch um private Akteure oder grosse Stiftungen wie die Mercator-Stiftung Schweiz. Neben Berger ist auch Thomas Minder, Präsident des VSLCH, eine wichtige Stimme in der Debatte. Er will «mit den traditionellen Modellen aufräumen und die Selektion abschaffen». Künftig sollen die Kinder und Jugendlichen ihr Lernniveau selber auswählen können, findet er.

Nicht alle sind begeistert

Gefragt als Interviewpartnerinnen sind auch Katharina Maag Merki von der Universität Zürich oder Rahel Tschopp, die mit ihrem Unternehmen «Denkreise» Angebote für Schulen bereithält und sie berät, etwa zu einer «Kultur der Digitalität». Beide halten die Selektion der Kinder in Leistungszüge für falsch und wollen die Schule «neu denken» und «neu erfinden». Das tut auch Christian Müller, der mit der Firma «Intrinsic» «Lernreisen, Impulse und Beratungen» anbietet. Müller hat jüngst ein Crowdfunding gestartet, um mehr Kapital für den Ausbau und die Vermarktung der Angebote zu haben.

Es ist nicht weniger als eine Art Bildungsrevolution, die von dieser gut organisierten und zum Teil mit viel Sendungsbewusstsein ausgestatteten Bewegung gefordert wird. Man unterstützt sich gegenseitig in den sozialen Echoräumen und steht auch sonst in enger Beziehung zueinander. So führt beispielsweise «Intrinsic» den Verband der Schulleiter als Partner an und wird von dessen Geschäftsleitungsmitglied Jörg Berger als «innovative, dynamische und anregende Denkfabrik» angepriesen.

Doch während Revolutionen in der Regel von unten erfolgen und sich gegen die Obrigkeit wenden, wird diese von oben vorangetrieben, vom Bildungs-Establishment. Nicht im Vordergrund steht die Basis, also die Lehrerinnen und Lehrer. Klar ist: Nicht alle Schulpraktiker sind von den Ideen begeistert, die derzeit so intensiv beworben und vielfach medial bejubelt werden. So läuft derzeit im reformkritischen Bildungsblog «Condorcet» ein munterer Schlagabtausch in dieser Sache.

Der Lehrer Alain Pichard, seit vielen Jahren an Brennpunktschulen tätig und grünliberaler Grossrat in Bern, empfiehlt den Reformern, wieder einmal ein Jahr Schule zu geben und vorzuzeigen, wie sie ihre steilen theoretischen Thesen in der Praxis umsetzen wollen. Andere «Condorcet»-Autoren zerzausen die Studien, auf die sich die Reformer stützen, und führen gegenläufige Studien an. Der Vorwurf, dass nicht nur pädagogische Motive die Debatte antrieben, sondern auch «handfeste geschäftliche Interessen» eine Rolle spielten, wie es im «Condorcet»-Blog heisst, sorgte auf der Gegenseite für empörte Reaktionen. Auch wird von den Kritikern gerne darauf hingewiesen, dass ein Gutteil der Bildungsrevolutionäre schon seit längerem nicht mehr im Klassenzimmer steht. Christian Müller beispielsweise, der als Mitinitiant der Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen eine gewisse Bekanntheit erlangt hat, ist selber gar nicht Lehrer.



Inhaltlich geht der Tenor unter den kritischen Lehrern dahin: Die Schule brauche keine weiteren Grossbaustellen, und ohne Noten oder Selektion werde sie in keiner Weise besser. Man müsse endlich die zentralen Probleme wie das mangelnde Leseverständnis vieler Schulabgänger angehen – stattdessen habe man nach dem «Pisa-Schock» im Jahr 2000 eine zweite Fremdsprache in der Primarschule eingeführt. Den Bildungsforschern, den Erziehungsdepartementen und den Schulleitern wird tendenziell mit Skepsis begegnet. Die Reformkritiker sehen nicht ein, warum sie ausgerechnet den Rezepten jener Personen vertrauen sollen, die für den gegenwärtigen Zustand der Volksschule, den sie jetzt so intensiv beklagen, mitverantwortlich sind.

Ein politischer Erfolg

Für Christian Müller ist der Widerstand vonseiten der Lehrer verständlich, es geht für ihn dabei auch um eine gewisse Besitzstandswahrung. Die Reformdebatte zielt auf die Grundfesten der Schule, das könne verunsichern. «Die Bereitschaft, Schule neu zu definieren, nimmt zu. Es braucht ein völlig neues Verständnis von Unterricht, in dem die Schüler und Schülerinnen viel früher Verantwortung übernehmen und ihre Genialität individuell kultivieren können», sagt er. Dies führe allerdings zu einem neuen Rollenverständnis der Lehrperson: weniger Stoffvermittlung, mehr Lernbegleitung. Und dazu wiederum brauche es eine zeitgemässere Lehrerausbildung. Wie sie Müllers Unternehmen «Intrinsic» anbietet.

Jörg Berger geht nicht so weit wie Müller, er distanziert sich auch vom Begriff Bildungsrevolution. Es gehe nicht darum, die heutigen Schulstrukturen kurzerhand über Bord zu werfen, sondern darum, gemeinsam zu besseren Lösungen zu finden. Wenn immer mehr Jugendliche mit bildungsfernem Hintergrund am Ende der Schulzeit nicht richtig lesen könnten, dann müsse man etwas unternehmen. Das liege auch im Interesse der Wirtschaft.

Eine andere Sicht hat Philipp Loretz, Präsident des Baselbieter Lehrerverbands. Die Volksschule habe zweifellos Probleme, die man angehen müsse. «Im Vordergrund stehen der Lehrermangel und die vielen Wechsel, die integrative Schule, der überfrachtete Lehrplan 21, die akademisierte Lehrerausbildung in den pädagogischen Hochschulen, die wachsende Bürokratie.» Doch statt hier anzusetzen, verlange man eine Bildungsrevolution und diffamiere die Volksschule. Loretz verweist auf die grosse Integrationsleistung der Schule, die sich auch in der tiefen Jugendarbeitslosigkeit zeige. Für eine gute Schule brauche es fähige Lehrer mit einem methodisch-didaktisch gut gefüllten Rucksack, und man müsse den Kindern Zeit geben, um den Stoff zu vertiefen. Der Lehrplan 21 zielt genau in die andere Richtung.

Für den Baselbieter Lehrer ist unverständlich, dass man jetzt über neue ehrgeizige Schulreformen redet, aber nicht seriös abklärt, was die vielen Reformen der letzten 20 Jahre effektiv gebracht haben und inwieweit die Versprechungen, die man damals machte, eingelöst wurden. Zum Beispiel jene, die vor der Einführung des Frühfranzösisch gemacht wurden. Ob der Aufwand, der für den Sprachenunterricht betrieben wird, und die Leistungen der Schüler in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen, darüber gehen die Meinungen seit Beginn auseinander. Und über die Frage, ob das Erlernen von zwei Fremdsprachen in der Primarschule überhaupt im Interesse der Kinder ist, ebenfalls.

Im Kanton Bern haben die Kritiker nun aber zumindest in diesem Punkt einen politischen Erfolg erzielt. So muss die Kantonsregierung wider Willen beim Frühfranzösisch über die Bücher gehen und «die Sinnhaftigkeit des Frühfremdsprachenerwerbs» überprüfen. Den Anstoss dazu gab eine Motion von Alain Pichard und zwei bürgerlichen Ratskollegen, die vom Berner Grossen Rat jüngst angenommen wurde.



«Zu viele Kinder fallen durch das Schulsystem»

Sonntagszeitung, 14. April 2024, Nadja Pastega

Die Lehrerin und Bildungspolitikerin spricht sich für eine notenfreie Schule aus. Doch der Widerstand gegen diesen Vorschlag ist gross.

Schulnoten? Weg damit! Chantal Galladé, ehemalige Nationalrätin und heutige Berufsschullehrerin, stellt Beurteilungen durch Noten infrage und will die Zensuren streichen. Und das nicht nur in der Primarschule, sondern auf allen Stufen. «Noten sind nicht objektiv. Wir müssen wegkommen von diesem starren Raster, hin zu individuellen Berichten über die persönlichen Lernfortschritte der Kinder. Das wird ihnen viel gerechter», sagt Galladé. «Ich würde lieber ohne Noten unterrichten und sie sofort abschaffen.»

Abgeschafft wird stattdessen etwas anderes: Schluss mit Sternchen, Sünneli, Raketen, Krönchen, Blüemli und Ampelsystem – das entschied im Kanton Zürich kürzlich der Kantonsrat. Er liess ins Volksschulgesetz schreiben, dass es ab der 2. Klasse am Ende jedes Semesters zwingend Zeugnisnoten geben soll.

Galladé, die für die Grünliberalen im Kantonsrat sitzt, stimmte als Einzige ihrer Fraktion gegen diese Notenpflicht. «Wenn ich höre, dass es Kinder gibt, die für gute Noten zu Hause Geld bekommen und denen die Eltern bei schlechten Noten die Zeit für das Hobby kürzen, dann zeigt das, wohin das alles führt», sagt Galladé. «Ein Kind, das zum Pauken verdonnert wird und deswegen nicht ins Fussballtraining darf, ist völlig blockiert und lernt sicher nicht besser. So kann es nicht funktionieren.»

Wenn Kinder schlechte Noten erhalten, würden sie dadurch nicht besser, sagt Galladé. «Und Kinder mit guten Noten sind ohnehin motiviert.»

Sie setzt – wie viele Lehrpersonen – in ihrem Unterricht bereits individuelle Bewertungen ein. Beispiel Schulaufsatz: Wie gut ist der Titel? Gibt es eine bessere Variante? Wie gelungen ist die Einleitung, der Aufbau, der Hauptteil des Textes und das Ende? Dazu gibt es von ihr schriftlich Verbesserungsvorschläge oder Übungen.

Am Schluss steht auch bei Lehrerin Galladé eine Note auf dem Prüfungsblatt, da an Berufsfachschulen national eine Note verlangt wird. Wer will, kann den Schulaufsatz aber überarbeiten, nochmals einreichen und so die Note nach oben korrigieren.

Die Winterthurerin Chantal Galladé ist Mutter von zwei Töchtern. Sie sagt: «Ein Kind kommt auf die Welt und will lernen. Es lernt laufen, reden. Kinder haben grundsätzlich Freude am Lernen, und die meisten starten so in die Schulzeit – mit einem Leuchten in den Augen, wenn sie etwas lernen. Im Laufe der Schulzeit haben immer weniger Kinder dieses Leuchten in den Augen.»

Läuft etwas gewaltig schief in unseren Schulen? Sind Noten demotivierend für Kinder, die den Schulstoff langsamer lernen? Haben sie den Schulverleider, wenn sie ständig ungenügende Noten kassieren?

Ja, sagen manche.

Kinder wollen sich vergleichen – auch mit Noten

Andere, wie der Erziehungswissenschaftler Jürgen Oelkers, sagen: Unter den Schülerinnen und Schülern seien die benoteten Leistungsunterschiede an sich «meist nicht strittig». Zumal sie wüssten, wie sie zustande gekommen seien und dass sie zum Beispiel mit mehr Anstrengung bessere Noten hätten erreichen können, schrieb er in einem Beitrag für den Condorcet-Blog, einer Plattform zum Meinungsaustausch zwischen Lehrerinnen und Lehrern.

So sieht es auch Daniel Kachel, Präsident des Zürcher Verbands der Sekundarlehrkräfte im Kanton Zürich: «Noten gelten heute zwar oft als Problem, das bei schwächeren Kindern zum Schulverleider führt und sie traumatisiert. Meine Erfahrung ist eine andere: Schülerinnen und Schüler können mit Noten meist sehr gut umgehen.»



Kachel ist gegen die Abschaffung der Schulnoten: «Die Kinder und Jugendlichen wollen die Möglichkeit haben, sich zu vergleichen. Es wäre unfair, ihnen das zu verweigern.» Perfekt sei das keineswegs. «Aber es gibt bisher kein besseres Beurteilungssystem als Noten. Sie haben sich bewährt, jeder versteht sie, und Lehrmeister wollen wissen, wo die Schulabgänger stehen – dazu sind Noten unerlässlich.»

Widerstand gegen eine notenfreie Schule kommt auch von einigen Eltern. Sie wollen wissen, wie gut ihr Kind im Vergleich ist, und wehren sich gegen eine Schule, die zur Blackbox wird. Wie an einer Berner Schule, die sich gegen Noten entschied. Da es sich offiziell um einen «Schulversuch» handelte, stand es den Müttern und Vätern frei, ob sie ihre Kinder daran teilnehmen lassen. Ergebnis: Mehr als zehn Kinder wurden von ihren Eltern aus der notenfreien Schule genommen und in einer benachbarten Schule platziert – mit Noten.

Doch der Trend geht in die andere Richtung: Als erste grössere Schweizer Stadt verzichtet Luzern darauf, einzelne Prüfungen zu benoten. Die Oberstufe Wädenswil ZH bewertet Tests mit Farben, auch hier gibt es erst am Ende des Semesters eine Note.

Chantal Galladé würde die klassischen Noten am liebsten ganz streichen. Die Schule komme ohne aus, sagt sie. Zumal diese Ziffern von 1 bis 6 nur «eine Scheingenauigkeit» ausdrücken würden. «Ein Vierer in einer Klasse kann einen Fünfer oder Dreier in einer anderen Klasse bedeuten, je nachdem, wie stark die anderen Kinder sind – weil einige Lehrpersonen die Noten dem Klassendurchschnitt anpassen.»

Wenn man die Noten abschaffe, heisse das nicht, dass man keine Leistung mehr wolle. «Im Gegenteil: Nur wer wirklich will, kann auch leisten», sagt Galladé: «Noten stärken diesen Willen nicht. Zu viele Kinder fallen durch das Schulsystem.»

Sie schaffen die Prüfungsnoten ab

Tages-Anzeiger, 10. April 2024, Politik & Wirtschaft, Nina Fargahi

Kontroverse im Klassenzimmer • Die Kritik an Schulnoten wird immer lauter. Nun verzichtet Luzern als erste grössere Stadt auf die Benotung von Tests. Eine Schulleiterin und eine Klassenlehrerin sagen, wie es läuft.

Im Schulhaus Säli in Luzern arbeiten die Kinder der fünften Klasse konzentriert an ihren Englischaufgaben, ein Schüler kneift die Augen zu, um sich die Übung besser vorzustellen. Der Klasse ist auf den ersten Blick nicht anzusehen, dass hier anders gearbeitet wird: In dieser Schule erhalten die Kinder keine Noten. Seit fünf Jahren ist das schon so. Doch nun geht Luzern als erste grössere Schweizer Stadt aufs Ganze und schafft die Schulnoten gesamtstädtisch ab.

Das heisst: Ab Sommer 2025 führen sämtliche 19 Primarschulen der Stadt Luzern das «Rahmenkonzept Beurteilung» ein. Ein Jahr später folgt die Oberstufe (also die Sekundarstufen A, B und C als auch das Gymnasium). Dann werden die Zeiten vergangen sein, in denen alle Schülerinnen und Schüler gleichzeitig einen Test schreiben und danach eine Note zwischen 1 und 6 erhalten. Nur noch die Zeugnisnoten bleiben am Ende des Semesters, weil das im Kanton Luzern gesetzlich vorgegeben ist.

Auch aus der Wirtschaft kommt Kritik

Die Debatte um die Schulnoten zieht momentan weite Kreise. Die oberste Lehrerin der Schweiz, Dagmar Rösler, sagte kürzlich dem «SonntagsBlick»: «Schulnoten sind nicht mehr zeitgemäss.» Auch aus der Wirtschaft kommt Kritik: Schulnoten seien unpräzise, zu wenig aussagekräftig und unfair. So lautet das Ergebnis einer Studie von Arbeitgeberverband und Economiesuisse, dem Dachverband der Schweizer Wirtschaft. «Mit Noten sind grosse Ungerechtigkeiten verbunden», sagte kürzlich auch Katharina Maag Merki, Professorin für Pädagogik an der Universität Zürich.



Seit vielen Jahren beschäftigen sich Bildungsexpertinnen, Politiker und Pädagoginnen mit der Frage, wie sinnvoll und gerecht Noten an der Schule wirklich sind. Doch langsam kommt das Bewertungssystem in Form von 1 bis 6 richtig unter Druck. Die NZZ zeigte sich kürzlich besorgt: «Der letzte Pfeiler der alten Schule wankt.»

Schulleiterin Claudia Wedekind sitzt im Klassenzimmer des Schulhauses Säli in Luzern - «zu Beginn war ich auch skeptisch», sagt sie. Doch nun sei sie «sehr begeistert». Klassenlehrerin Pauline Briw sitzt daneben und stimmt ihr zu. Briw arbeitet seit sieben Jahren im Schulhaus Säli und ist überzeugt: «Unser Beurteilungssystem ist aussagekräftiger und wird dem einzelnen Kind viel mehr gerecht, als Schulnoten das je könnten.»

Das Beurteilungssystem, von dem Briw spricht, besteht aus vier Kategorien: nicht erreicht / teilweise erreicht / erreicht / übertroffen. Jedes Lernziel wird mit einem dieser Prädikate beurteilt. Eine Beurteilung in Textform gibt es nicht bei jedem Test, oft nur bei Aufsätzen. Der Vorteil gemäss Briw: Wenn ein Kind ein Lernziel nicht oder teilweise erreicht hat, wird ersichtlich, wo es Förderbedarf hat. Daran arbeitet das Kind individuell weiter. Wissens- oder Verständnislücken könnten so besser aufgearbeitet werden. «Vorher war bei einer Prüfung mit einer Note 4,5 die Sache abgehakt - das Kind arbeitet danach nicht mehr an seinen Schwächen. Heute werden die Kinder individuell gefördert», so Briw.

Doch ist es nicht hart, wenn die Schülerinnen und Schüler am Ende des Semesters doch Zeugnisnoten bekommen, ohne davor zu wissen, wo sie standen? Briw verneint: Die Kinder seien genügend über ihre Leistung orientiert, auch ohne Noten. «Tendenziell schneiden sie in den Zeugnissen besser ab, weil sie unter dem Jahr genauer wissen, wo ihre Schwächen liegen, und gezielt daran arbeiten», so die Lehrerin. Für die Zeugnisnote trägt sie die Bewertungen während des Semesters zusammen, analysiert die überfachlichen Kompetenzen und kommt so auf eine Ziffer. Im Zeugnis gibt es nur noch Halbnoten.

Sie müsse ausserdem - entgegen der Kritik - nicht vermehrt oder intensivere Elterngespräche führen als sonst, sagt Briw. Im Gegenteil: «Die Eltern sehen und schätzen, dass die Kinder den Schulstoff besser und umfassender erlernen.» Das war früher anders. In der Vergangenheit haben sich vor allem Eltern für Noten starkgemacht, weil sie die schulische Entwicklung ihrer Kinder einfach nachvollziehbar und vergleichbar machen.

«Meistens sind es Akademikereltern, die lieber klassische Schulnoten hätten», sagt Briw. Damit man die Kinder rechtzeitig pushen könne, wenn man sehe, dass es fürs Gymi eng werden könnte. Briw beobachtet, dass manche Eltern den Erfolg ihrer Kinder gerne kontrollieren würden. Sie sagt: «Lehrpersonen sind dafür ausgebildet, die Leistung der Schülerinnen und Schüler professionell zu beurteilen - bei einem Automechaniker schaut auch niemand über die Schulter und kritisiert, wie er den Reifen wechselt.»

Wie eine Studie des Forschungsinstituts Sotomo vom Juni letzten Jahres zeigt, befürwortet eine knappe Mehrheit der Eltern die Abschaffung von Schulnoten. 54 Prozent der Eltern von Primarschulkindern sehen in Schulnoten und Prüfungen eine Belastung für ihr Kind im Alltag. Dabei tut sich ein Generationengraben auf: Vor allem jüngere Eltern bis 35 Jahre sind Noten gegenüber kritisch eingestellt (61 Prozent sagen Ja oder eher Ja zur Abschaffung). Eltern über 55 wollen die Schulnoten grösstenteils beibehalten (nur 26 Prozent sind für eine Abschaffung).

Warum halten eher ältere Generationen an den Schulnoten fest? Weil sie sich während Jahrzehnten bewährt haben? Weil man die eigene Schulzeit verklärt?

Textbeurteilungen sind anfällig für Verzerrungen

Die Basler Nationalrätin Katja Christ (GLP) ärgert sich: Aus lauter Angst, Kinder könnten sich schlecht oder ungerecht behandelt fühlen, werde ein sinnvolles Bewertungssystem fundamental infrage gestellt. «Niemand behauptet, dass Noten eine exakte Wissenschaft sind, aber es gibt keine überzeugenden Alternativen.» Lernberichte seien «keineswegs genauer», da sie stark von der



Sprachkompetenz und der persönlichen Einstellung der Lehrkraft abhängen würden. «Textbeurteilungen sind - das bestätigt auch die Forschung - besonders anfällig für Verzerrungen. Noten dienen noch immer als funktionierende Orientierung, Motivation und Vorbereitung auf das Berufsleben», so Christ.

Schulleiterin Wedekind entgegnet: «Die Schule darf sich weiterentwickeln, wir fahren ja auch nicht mit der Kutsche herum, nur weil es möglich wäre und früher einmal Sinn gemacht hat.»

Schulnoten geraten schweizweit unter Druck

Doch was sind die Nachteile einer Schule ohne Noten? Lehrerin Briw lässt ihren Blick durch das Klassenzimmer schweifen. Dann sagt sie: «Der Aufwand für die Lehrperson ist grösser, weil sie sich mit jedem einzelnen Kind noch vertiefter befasst.» Zudem gebe es Eltern mit mangelnden Sprachkenntnissen, die den Beurteilungstext am Ende der Prüfungen nicht verstünden - eine Zahl wäre für sie verständlicher. Aber: «Es gibt heute einfache Übersetzungsmöglichkeiten im Internet, die Eltern dürfen sich auch ein wenig bemühen», sagt sie.

Der Druck auf das Notensystem hat sich längst auf die ganze Schweiz ausgeweitet. Nicht nur in Luzern, sondern auch in den Kantonen Aargau und Bern arbeiten bereits mehrere Schulen ohne Prüfungsnoten, darunter auch Oberstufen. Trotzdem ist das Thema der Schulnoten höchst umstritten, wie etwa das Beispiel im Kanton Zürich verdeutlicht: Dort hat der Kantonsrat letztes Jahr ein Gesetz verabschiedet, das Zürcher Lehrerinnen und Lehrern ab der zweiten Primarschulklasse alternative Bewertungssysteme anstelle von Prüfungsnoten verbietet. Entgegen dem Willen des Zürcher Bildungsrats. Die oberste Schulbehörde hatte sich gegen ein Noten-Obligatorium ausgesprochen.

Wenn Pestalozzi instrumentalisiert wird

Journal 21, 7. April 2024, von Carl Bossard

Längst ist auch Johann Heinrich Pestalozzi entmythologisiert und dekonstruiert – wie so viele denkmalgestützte Persönlichkeiten aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Nun aber wird er revitalisiert und sogar vergoldet – als Zeuge für eine Bildungsrevolution. Ein paar gegenhaltende Gedanken.



Pestalozzi zum Leuchten bringen (Bild: intrinsic)



Wer wirken will, muss wuchtige Worte wählen. Und das tun sie, die Bildungsaktivistinnen und «Bildungsrevolutionäre», wie sich die Mitglieder des Züricher Kleinunternehmens «Intrinsic» apostrophieren. «Ungerecht» sei unser Bildungssystem und nicht mehr «zeitgemäss». Da helfe eben nur eine Revolution. Sie wollen nichts weniger als den gegliederten Unterricht nach der sechsten Klasse aufheben und damit gleich auch das Langzeitgymnasium eliminieren. Dazu verschreiben sich die Promotoren einer neuen Bildung auch dem Kampf gegen den gemeinsamen Klassenunterricht zugunsten eines forcierten individualisierten Lernens und dem Wegfall jeglicher Noten. Unterstützt werden sie dabei vom Präsidenten des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH), Thomas Minder. Teilweise in die gleiche Richtung zielt auch Dagmar Rösler, die oberste Lehrerin der Schweiz und Präsidentin des Verbands Deutschschweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH).

Pestalozzis unerwartetes Revival

Zum Kronzeugen ihrer «Bildungsrevolution» erhebt die «Denkfabrik Intrinsic» Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827), diesen erleuchteten Geist im Gewand eines Clochards, wie ihn der Literat Peter von Matt bezeichnet. Mit zahlreichen Spiegeln und gleissendem Sonnenlicht brachte das Intrinsic-Team Ende März das Zürcher Pestalozzi-Denkmal zum Leuchten. Ein Revival des Pädagogen von unerwarteter Seite. «Wir sind eine ideologische Gruppe», so der Co-Geschäftsleiter von «Intrinsic». «Und Pestalozzi war ein Vordenker – wir wollen an seine Ideen erinnern.»¹ Darum müsse Bildung radikal neu gedacht werden.

Pestalozzis Skepsis gegenüber Noten

Bei den Ziffernoten mögen die Zürcher Aktivisten recht behalten. Pestalozzi konnte ihnen wenig abgewinnen. Eigentlich gar nichts.² Allerdings betonte er immer wieder das Atmosphärische eines guten Unterrichts. In einem wertschätzenden Umfeld, einem fehlerfreundlichen Klima sind Noten ja nicht zwingend das Problem; sie können auch eine Hilfe sein, die Klarheit schafft. Entscheidend ist das lernfördernde Feedback, das klärende Gespräch – im Sinne der Artikulation der Differenz zwischen Sein und Sollen in Bezug auf die Sache, den Prozess und die Selbstregulation.

Das müssten wir dringend institutionalisieren und praktizieren. Und das müsste in der Schule intensiv und konkret erfolgen und vor allem in der Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen aufgezeigt und eingeübt werden. Das Gespräch zwischen Lehrer und Kind war Pestalozzi ein elementares Anliegen. Das sollte betont werden; diese Haltung liesse sich von ihm lernen, obwohl der Pädagoge mit seinem funkelnden Geist in der Praxis meistens gescheitert ist. Doch versucht hat er es mit einer nie versiegenden Leidenschaft.

Klassenunterricht: «Und ich war bey ihnen»

Pestalozzi aber als Feind und Abschaffer des Klassenunterrichts darzustellen, widerspricht allen Erkenntnissen aus seinem pädagogischen Handeln und seinen umfangreichen Schriften. Ein kurzer Blick in den «Stanser Brief» hätte genügt, und Pestalozzis Methode wäre aufgefallen. «Ich war von Morgen bis Abend, so viel als allein in ihrer Mitte. [...] Sie waren bey mir, und ich war bey ihnen. Ihre Suppe war die meinige, ihr Trank war der meinige.»³

Und er fügte bei: «Hierauf baute ich. Dass mein Herz an meinen Kindern hange, dass ihr Glück mein Glück, ihre Freude meine Freude sey, das sollten meine Kinder vom frühen Morgen bis an den späten Abend, in jedem Augenblick auf meiner Stirne sehen, und auf meinen Lippen ahnden.»⁴

¹ <https://www.20min.ch/story/zuerich-aktivisten-liessen-pestalozzi-golden-erstrahlen-103076596> [abgerufen am 06.04.2024]

² Ob der sprachliche Bedeutungscharakter dieser Ziffern damals schon bekannt war, entzieht sich meiner Kenntnis.

³ Pestalozzi über seine Anstalt in Stans [kurz: «Stanser Brief» von 1799] (1997). Mit einer Interpretation und neuer Einleitung von Wolfgang Klafki. 7. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz Verlag, S. 13.

⁴ Ebda., S. 12.

Gemeinsamer Unterricht! Und Pestalozzi, der Erzieher, Helfer und Lehrer in Personalunion, mitten unter seinen Kindern.



*Im Geiste Pestalozzis: Der Reformpädagoge Carl Dantz (um 1927) im gemeinsamen Klassenunterricht.
(Bild: Fotosammlung Schulmuseum Bremen)*

Klassenunterricht ist nicht Frontalunterricht

Wer etwas diskreditieren will, verbindet die Sache mit einem negativen Attribut. Der Klassenunterricht als gemeinsames Lehr- und Denkgespräch zwischen Lehrerin und Schülern, als Gedankenaustausch zwischen Schülerinnen und ihrem Lehrer wird heute konsequent als «Frontalunterricht» dargestellt und damit diffamiert. Auch in der Sprache der Bildungsrevolutionäre. Kinder würden heute «immer noch meistens frontal unterrichtet», behaupten sie kühn. Sie wollen darum weg vom «linearen Frontalunterricht hin [...] zu einem selbstorganisierten Lernen».⁵

Dem Klassenunterricht den Kampf anzusagen ist so wenig zielführend wie nur noch mit dieser Methode allein zu arbeiten. «Jede Ausschliesslichkeit ist inhuman», hat der Basler Philosoph Karl Jaspers einmal gesagt. Entscheidend ist – auch in der Pädagogik – das Sowohl-als-auch. Ein guter Klassenunterricht hat darum immer die Individualität des Einzelnen *wie* das Gemeinschaftliche im Blick, das Persönliche *und* das Soziale. Klassenunterricht ist ein Zusammenspiel von Individuation und Sozialisation. Unsere Gesellschaft braucht heute mehr denn je ein Verständnis von Miteinandersein oder eben ein Wir, das zum gemeinsamen Handeln fähig ist.

«Singular plural sein», liesse sich diese Haltung wohl umschreiben. Die Klassengemeinschaft als Biotop fürs spätere Leben, der Klassenunterricht als gemeinschaftsfördernde Lernform: Kinder lernen, sich in Gemeinschaft auf eine Thematik zu konzentrieren. Sie profitieren von den Stärken

⁵ Anja Burri, Revolution in der Schule: Lernen nach dem Lustprinzip, in: NZZaS, 18.08.2019.

der Leistungsfähigeren oder setzen sich mit den Schwierigkeiten der schwächeren Mitschüler auseinander.⁶ Eine gemeinsame Aufmerksamkeit, eine «joint attention», sei grundlegend für die gemeinsame Wirklichkeit, sagt der US-amerikanische Evolutionsbiologe Michael Tomasello.



Klassenunterricht heute (Keystone/Christian Beutler)

Ein guter Klassenunterricht vermag viel

Doch die heutige Bildungspolitik bekommt Unterricht als lebendiges Miteinander-Sein, als gemeinsames Nachdenken kaum mehr in den Blick. Das Gemeinsame und Soziale werden wie ausgeblendet. Im Zusammenspiel mit digitalen Tools entstehen neue Formen des Lehrens und Lernens. Gefragt und gepusht ist das isolierte Lernen in der Atmosphäre eines digitalisierten Grossraum-Schulbüros. Ob Kinder dabei zu postmodernen Einzellern werden? Die Gefahr besteht.

Als dialektisches Gegengewicht ist der Klassenunterricht darum so notwendig wie dringend. Die empirische Unterrichtsforschung ist sich einig: Nicht digitalisierte oder virtuelle Formate, sondern verkörperte Lehre und persönliche Präsenz sind die wirksamste Form des Unterrichts – in gemeinsamer Interaktion.⁷ Ein guter Klassenunterricht ermöglicht ein solches Lernen. Darum sollte er nicht als Frontalunterricht diffamiert, sondern revitalisiert werden. Dahin müsste eine Bildungsrevolution wohl zielen. Lernen wird erst im gegenseitigen Austausch zur Bildung.⁸ Sie ist ein gemeinsamer Prozess, der Klassenunterricht das Gefäss.

Die gemeinsame Welt des Klassenzimmers

Es war Pestalozzi, der an der Jahrhundertwende vom 18. zum 19. Jahrhundert auf einen gemeinsamen Unterricht hinwirkte: Jedes Kind brachte damals irgendeinen Kalender, eine Gült oder eine Bibel in den Unterricht und lernte für sich. Vereinzelung pur!⁹ Pestalozzi dagegen drängte auf gemeinsame Lehrmittel und damit auf einen gemeinsamen Unterricht. Kinder sollten miteinander lernen – für eine gemeinsame Welt. Das war damals notwendig, das gilt auch heute noch. Denn

⁶ Vgl. <https://www.bruehlmeier.info/texte/paedagogik/individualisieren/> [abgerufen am 06.04.2024]

⁷ Vgl. Thomas Fuchs, Leibliche Präsenz. Lehren und Lernen in Begegnung. Vortrag Universität Bern, 16.02.2024. Msc. unpubl.

⁸ Klaus Zierer, Selbst verschuldet unmündig durch Chatbots? In: FAZ, 29.02.2024, S. 6.

⁹ Heute haben wir etwas Ähnliches, den Imperativ des «Bring your own device (BYOD)!»: jeder und jede mit dem eigenen Gerät im Schulzimmer, seien es [Laptops](#), [Tablets](#) oder [Smartphones](#).



«die Welt liegt zwischen den Menschen», wie es die Politphilosophin Hannah Arendt unterstreicht. Das gilt auch im Mikrokosmos des Klassenzimmers.

Schulrevolution? So ein Blödsinn!

Condorcet Bildungsperspektiven, 12. April 20224

Zurück zu gesundem Menschenverstand an den Schulen! • Mit diesem Schreiben rät ein Vater schulpflichtiger Kinder dazu, die geplante Schulrevolution abzusagen. Seine Beobachtungen stimmen nachdenklich.

Als bildungsinteressierter Vater schulpflichtiger Kinder komme ich aus dem Kopfschütteln nicht mehr heraus, wenn ich an die Interviews und Berichte von der Schulrevoluzzer-Front denke, die seit Wochen die Zeitungen füllen. Abschaffung von Noten und Leistungsniveaus in der Sek als Heilmittel für die Volksschule? Noch weiter daneben kann man ja gar nicht liegen.

Was sind stattdessen die tatsächlichen Herausforderungen der Volksschule?

1. chaotische Zustände in den Klassenzimmern, u.a. als Folge der als alternativlos verkauften physischen Integration nicht beschulbarer Kinder und Jugendlicher, aber auch als Konsequenz «moderner» Unterrichtskonzepte, z.B. Kinder mit iPads oder irgendwelchen Aufträgen auf dem ganzen Schulareal verteilen, ohne Kontrolle, ohne Überblick, ohne Ergebnissicherung (Leerlauf, der am Elternabend als «Selbständigkeit» verkauft wird)
2. als Folge davon Abdelegieren des Vermittelns von Unterrichtsinhalten an uns Eltern, die sich fragen, wofür sie eigentlich Steuern bezahlen, wenn sie den Bildungsauftrag privat in ihrer Freizeit übernehmen müssen
3. bei Punkt 2. meine ich explizit auch Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben – diese werden zunehmend im Unterricht nicht mehr richtig geübt, vermittelt, gesichert; gerade in Sachen Rechtschreibung muss zuhause schauen, wer will, dass seine Kinder diese lernen – wie können eigentlich ausgebildete Lehrpersonen die Rechtschreibung als vernachlässigbar taxieren, wo sie erwiesenermassen einen massiven Einfluss auch auf das Verstehen von Texten hat?
4. die von den Schulrevoluzzern angeprangerten «bösen» Noten sind vor allem dann ein Problem, wenn sie keine Aussagekraft besitzen (z.B. jahrelang 6er im Frühfranzösisch, obwohl das Kind überhaupt gar kein Französisch lernt) oder wenn offensichtlich wird, dass die Lehrperson keine Ahnung hat, wie man eine sinnvolle, altersgerechte Prüfung schreibt, korrigiert und bewertet (der Fachkräftemangel lässt grüssen)
5. der vollgestopfte Lehrplan 21 hat dazu geführt, dass niemand eine Ahnung hat, was behandelt wird, jeder macht, was er will oder kann oder auch nicht – hatte man nicht Harmonisierung damit versprochen? So kannst du also mehrere Kinder an der gleichen Primarschule haben, die in NMG vollkommen unterschiedliche Themen behandeln – und als Folge davon wissen an der Sek die Lehrer nicht, worauf sie aufbauen könnten – aber das gilt offenbar auch als modern, Slogan: «Abholen, wo sie stehen», nur schade, wenn die Kinder im Regen stehen

Darum: Schulrevolution absagen! Stattdessen dafür sorgen, dass die Schule ihren Bildungsauftrag wieder erfüllen kann – und sicherstellen, dass sie das auch tatsächlich tut!



Wenn eine Laienpredigt die Glaubwürdigkeit der Volksschule untergräbt

Condorcet Bildungsperspektiven, 10. April, 20224, von Christine Staehlin

Christine Staehelins Kommentar zur aktuellen Reformdebatte • Condorcet-Autorin Christine Staehelin kritisiert die gegenwärtigen Forderungen der selbsternannten Bildungsrevolutionäre als oberflächlich, unsachlich und ohne jede Evidenz.

Keine noch so erfolglose Reform der letzten dreissig Jahre schwächt das Ansehen und das Vertrauen in die Volksschule so sehr, wie der aktuelle Diskurs rund um die Abschaffung der Selektion, der Notengebung, des instruktiven Unterrichts, des Klassenunterrichts und der Hausaufgaben.

Diese unsachliche, oberflächliche und ohne empirisch begründete Argumente geführte Debatte – falls man hier überhaupt von einer solchen sprechen kann, denn sie erinnert eher an eine Laienpredigt selbsternannter Heilsbringer – trifft die Glaubwürdigkeit der Volksschule mitten ins Herz. Und das schadet ihr mehr als alles andere. Denn wenn wir die Öffentlichkeit glauben lassen wollen, dass die Volksschule total umgekrempelt werden sollte, dann sprechen wir dieser Institution in ihrer aktuellen Form ihre Funktionsfähigkeit ab. Alle jene, die meinen, mit ihren sonderbaren, nicht nachvollziehbaren und ideologisch geprägten Ansätzen irgendetwas zur Verbesserung der Volksschule beizutragen, irren sich deshalb ganz grundsätzlich. Das einzige, was aus der aktuellen Debatte resultieren wird, sind die Destabilisierung der Institution und die verantwortungslose Auflösung der pädagogischen Aufgabe, welche die ältere Generation gegenüber der jüngeren zu erfüllen hat. Während die Reformen sich immer – wenn auch grösstenteils in einer unglücklichen Art und Weise – auf eine pädagogische Institution bezogen, haben die neuen Ansätze, welche in den Medien nun propagiert werden, gar keinen pädagogischen Inhalt mehr. Dies ist nicht nur für die Schule selbst tragisch, sondern auch für jene, welche die Debatte anführen, da sie nicht merken, worüber sie eigentlich reden und wohin das tatsächlich führen wird.

Befreiungsschlag oder alter Wein in neuen Schläuchen?

Zürcher Bote, 11. April 2024, Zeno Schärer, Gemeinderat

Das integrative Schulmodell führt zu wachsenden Problemen, wie sogar einige Befürworter eingestehen. Nun ergreift die Schule Wetzikon die Flucht nach vorne und bekennt sich zur Inklusion. Was ist davon zu halten?

Neulich präsentierte die Schule Wetzikon einen Film über ihren «Weg zur Schule der Vielfalt». Kurz vorher durfte sie im «Zürcher Oberländer» das Loblied der Inklusion singen. Eine kritische journalistische Einordnung erfolgte nicht, obschon die Vorbehalte der SVP gegen das inklusive Schulmodell wohlbekannt sind. Vielleicht liegt dies an den immer knapperen Ressourcen der Medien für lokale Politik.

Postulat zeigt Probleme auf

Rückblende: Im Jahr 2021 reichte die SVP ein Postulat zur integrativen Schule ein. Die Antwort des Stadtrats förderte eine schier unübersehbare Palette von Massnahmen zutage, mit denen alle Kinder in der Regelklasse beschult werden sollen. Was gut tönt, führt zu einem riesigen Koordinationsaufwand, Unruhe im Klassenzimmer und Überforderung bei Schülern und Lehrern. Die «Integration» ist ein Etikettenschwindel, wenn schwache Schüler ständig aus dem Klassenverband herausgenommen und faktisch separiert beschult werden. Zudem zeigte eine Umfrage der Schule unter den



Wetziker Lehrern deren hohe Belastung. Die drei meistgenannten Stressoren (administrative Aufgaben, schwierige Schüler und heterogene Klassen) sind Krisensymptome der integrativen Schule. Welche Schlüsse zog die Schule Wetzikon daraus? Leider traf sie keine Anstalten, den Dschungel von Fördermassnahmen auszulichten, die Lehrer von administrativen Aufgaben zu entlasten, die Eltern von Problemschülern vermehrt in die Pflicht zu nehmen und separierenden Unterricht zuzulassen. Stattdessen setzte sich die Schulpflege ein neues Legislaturziel: «Die Schule Wetzikon ist inklusiv ausgerichtet.»

Vermeintlich neue Ansätze

Ein weiterer SVP-Vorstoss förderte im Januar 2024 keine klare Definition von Inklusion zutage. Mit Phrasen wie «progressiver Entwicklungsschritt» und «sich gemeinsam auf den Weg machen» entzieht man sich der inhaltlichen Diskussion und der kritischen Bewertung von Ergebnissen. Die neu entwickelten «Impulskarten» der Schule Wetzikon zeigen, worum es wirklich geht: Individualisierung, selbstorganisiertes Lernen, Unterrichten nach dem Churer Modell usw. Solche vermeintlich innovativen Ansätze werden von den pädagogischen Hochschulen eifrig propagiert. Die Unterschiede zur integrativen Schule, welche zu den heutigen Problemen geführt hat, sind somit mehr semantischer als inhaltlicher Natur. An den bestehenden Problemen ändert sich mit der Inklusion wenig: Die Belastung der Lehrer wird durch noch mehr Absprachen und individualisierte Einzelförderung steigen. Die komplexen Strukturen mit vielen Hilfs- und Fachpersonen im Schulzimmer werden nicht angetastet. Schüler können nicht in halbwegs homogenen Leistungsgruppen lernen. Zudem ist es «alter Wein in neuen Schläuchen», wenn Konzepte wie «Draussen- Schule» und «Peer-Teaching» propagiert werden. Erfahrene Lehrer setzen solches seit Jahren um – auch ohne Berufung auf die modische Inklusion.

Was die Wissenschaft dazu sagt

Der Bildungsforscher John Hattie hat in seiner bahnbrechenden Metastudie bereits vor rund 15 Jahren nachgewiesen, was für den Lernerfolg entscheidend ist: die pädagogische Haltung des Lehrers und seine Fähigkeit, zu den Schülern eine echte Lernbeziehung aufzubauen. Daher sind Ansätze wie dialogisches Lernen oder Lerncoaching vielversprechend. Genau solches wird aber durch selbstorganisiertes Lernen und individualisierten Unterricht stark beeinträchtigt – auch das ist wissenschaftlich erwiesen. So erstaunt es nicht, dass die Inklusion als Ganzes in der Hattie-Studie schlecht abschneidet. Fazit: Die Schule Wetzikon führt ein, was erwiesenermassen nicht funktioniert, und schafft ab, was funktioniert. Was bleibt zu tun? Wo man die Inklusion nicht verhindern kann, gilt es, sie wenigstens kritisch zu begleiten und die Befürworter auf ihren Versprechen zu behaften.



Zürcher Förderklasseninitiative besteht Vorprobe

Tages-Anzeiger, 9. April 2024, Pascal Unternährer

Bildung • Der Kantonsrat unterstützt einen Vorstoss, der eine teilweise Abkehr von der integrativen Schule fordert.

Die Schule bewegt die Gemüter. Auch in der Politik. Es sind von allen Seiten parlamentarische Vorstösse unterwegs, die am Zürcher Bildungssystem schrauben wollen. Seit Januar werden zudem Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt, die sogenannte Förderklasseninitiative.

Gestern Montag fand im Zürcher Kantonsrat eine Art Vorprobe für diese Initiative statt. Die FDP verlangte von Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) eine Entlastung der Lehrpersonen. Drei Massnahmen forderte die Partei in einer verbindlichen Motion, welche jedoch zu einem unverbindlichen Postulat umgewandelt wurde. Die erste Massnahme zielt auf die Aufweichung des integrativen Schulsystems:

Die Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht stark stören oder Hilfe brauchen, sollen in separate und von Heilpädagoginnen geführte Förderklassen geschickt werden. Dadurch werde der Unterricht ruhiger, argumentierte FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois. Das Personalproblem soll gelöst werden, indem die für die integrative Förderung eingesetzten Heilpädagogen aus den Regelklassen abgezogen werden.

Diejenigen, die noch kein Deutsch können, sollen so lange in den Aufnahmeklassen bleiben, bis sie ein Minimalniveau der Unterrichtssprache beherrschen.

Mehr Zeit für den Unterricht: Die Schulleitungen sollen Sitzungen und Projektarbeiten auf ein Minimum reduzieren, damit sich die Lehrpersonen besser auf die Vor- und Nachbereitung der Lektionen konzentrieren können.

«Ins letzte Jahrhundert»

Widerstand gegen das Vorhaben kam von links. Monika Wicki (SP) befürwortete eine Entlastung der Lehrpersonen, sprach aber vom falschen Weg. Die FDP ziele auf die Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen, kritisierte sie. Wenn diese nur noch untereinander seien, beeinflussten sie sich negativ. «Sie wollen ins letzte Jahrhundert zurück», sagte Wicki. Livia Knüsel (Grüne), eine ausgebildete Primarlehrerin, konnte einzelnen Massnahmen wie dem Abbau der Anzahl Sitzungen etwas abgewinnen. Sie kritisierte aber das «Potpourri der Massnahmen» und sprach sich gegen die wichtigste aus: die Abkehr von der integrativen Schule. Sie räumte aber ein, dass einzelne Gemeinden mit diesem System an ihre Grenzen kämen.

Andere Fraktionssprecherinnen und -sprecher zeigten sich «mässig begeistert» (Mitte) oder beanstandeten ebenfalls die Vielzahl an Massnahmen, die «nichts miteinander zu tun» hätten (GLP). Dennoch stimmten sie für den Vorstoss, welcher mit 109 gegen 62 Stimmen an die Regierung überwiesen wurde. Bildungsdirektorin Steiner hatte sich bereit erklärt, das Anliegen zu prüfen, allerdings nur in der mildereren Form des Postulats. Nun hat sie zwei Jahre Zeit, um einen Bericht zu schreiben. Voraussichtlich schon vorher wird über eine weitere Motion abgestimmt werden, welche die Rückkehr zu den Kleinklassen fordert. Diese Motion wurde von SVP, GLP und FDP eingereicht und ist damit mehrheitsfähig. Wann sie in den Rat kommt, ist unklar. Diese Debatte wird aber zur Hauptprobe für die Förderklassen-Initiative.



Veranstaltungshinweis

Mädchen und Knaben – von Natur aus anders? Was sagt die Entwicklungspädiatrie und Genderforschung dazu?

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, 12. Juni 2024

Referenten

Prof. Dr. med. Oskar Jenni
(Entwicklungspädiatrie, Universitäts-Kinderspital Zürich)

Anika Butters, lic. phil.
(Marie-Meierhofer-Institut Zürich)

Ort und Datum

Mittwoch, 12. Juni 2024, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

[Mehr...](#)

